

# Sand im Getriebe

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org) E-Mail: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

## **Klageschrift der Republik Südafrika an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Staat Israel**

**29. Dezember 2023**

## **Klage Nicaraguas gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag 1. März 2024**



### **Auszüge beider Klagen,**

am 8. April 2024 für öffentliche Lesungen der Klagen zusammengestellt.



Rafah, im Süden des Gazastreifens, 11. November 2023. (Abed Rahim Khatib/Flash90)  
<https://www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza/>



Palestinians at the rubble of a destroyed building after an Israeli airstrike in the central Gaza Strip, November 5, 2023. (Atia Mohammed/Flash90)

# Klageschrift der Republik Südafrika an den Internationalen Gerichtshof zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Staat Israel 29. Dezember 2023

Alle Dokumente zu diesem Fall: <https://www.icj-cij.org/case/192>  
Deutsche Übersetzung der Klage mit den über 500 Quellen und mehr:  
<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/klage-sudafrikas-vor-dem-igh>

Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie die Geiselnahmen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen.

Verstöße gegen die Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkerrechts („Völkermordkonvention“ oder „Konvention“) sind weder gesetzlich

noch moralisch gerechtfertigt, selbst wenn ein schwerwiegender Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates erfolgte und Gräueltaten begangen wurden.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel den Gazastreifen, in dem etwa 2,3 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte Kinder, "einer der schwersten konventionellen Bombenkampagnen" in der Geschichte der modernen Kriegsführung ausgesetzt.

## 1. Der Gaza-Streifen ("Gaza")

Der Gazastreifen ist zusammen mit dem Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, eines der beiden konstituierenden Gebiete des 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiets und des Staates Palästina, der am 29. November 2012 den Status eines Nichtmitgliedstaats mit Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen erhielt.

[...] Bis 2005 war der Gazastreifen - wie heute das Westjordanland - von den israelischen Streitkräften vor Ort besetzt. Ungeachtet des "Rückzugs" im Jahre 2005 übt Israel weiterhin die Kontrolle über den Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Landübergänge, das Wasser, die Elektrizität, die

elektromagnetische Sphäre und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen aus, sowie über wichtige Regierungsfunktionen, wie die Verwaltung des palästinensischen Bevölkerungsregisters für den Gazastreifen. In Anbetracht dieser anhaltenden effektiven Kontrolle Israels über das Gebiet wird der Gazastreifen von der internationalen Gemeinschaft immer noch als von Israel militärisch besetzt betrachtet.

Nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006 verhängte Israel eine strenge Blockade des Gazastreifens und erklärte das gesamte Gebiet zu einem "feindlichen Gebiet".

Zwischen 2007 und 2010 regelte Israel die Einfuhr von Lebensmitteln in den Gazastreifen nach Maßgabe des Kalorienverbrauchs pro Person, um die Lebensmitteltransfers auf ein "humanitäres Minimum" zu beschränken. Danach wendete Israel auf die Einfuhren in den Gazastreifen ein System der doppelten Verwendung an und schränkte die Einfuhr von Gütern stark ein, indem es Waren verbot, die für eine doppelte zivile/militärische Verwendung in Frage kommen.

Vor allem aber haben sie in den letzten 13 Jahren **vier höchst asymmetrische Kriege mit Israel** erlebt, die enorme Verluste an zivilen Opfern und eine enorme Zerstörung von Eigentum zur Folge hatten.

#### **Aus UN-Berichten:**

214 Palästinenser, darunter 46 Kinder, wurden 2018-2019 während des "Großen Marsches der Rückkehr" getötet, einem groß angelegten friedlichen Protest entlang des

Trennungszzauns zwischen dem Gazastreifen und Israel, an dem Tausende von Palästinensern über 18 Monate lang jeden Freitag teilnahmen und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens sowie die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Häuser und Dörfer in Israel forderten. [...] Insgesamt wurden über 36.100 Palästinenser von Israel verletzt, darunter 4.903 Menschen, denen in die unteren Gliedmaßen geschossen wurde, "viele von ihnen, während sie Hunderte von Metern von den Scharfschützen entfernt standen und unbewaffnet waren". [...] Die von Israel festgelegten Einsatzregeln erlaubten es den Scharfschützen, auf die Beine der "Hauptaufwiegler" zu schießen. Ein israelischer Soldat gab zu, dass er "42 Knie an einem Tag" getroffen habe.

Das Leid wurde von Antonio Guterres im Mai 2021 anerkannt, als er erklärte: "Wenn es eine Hölle auf Erden gibt, dann ist es das Leben der Kinder in Gaza".

## **2. Das Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem)**

Seit 1967 hat Israel 279 "Siedlungen" für israelische Zivilisten im gesamten Westjordanland errichtet - darunter 14 Siedlungen in Ostjerusalem - und sich dabei rund 750 km<sup>2</sup> palästinensischen Landes angeeignet.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt erklärt, dass die Errichtung solcher Siedlungen durch Israel "keine Rechtsgültigkeit hat und eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Zwei-staatenlösung und eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens darstellt".

Ungeachtet dessen ist die Zahl der israelischen Siedler von schätzungsweise 247.000 zur Zeit des Osloer Abkommens (1993) auf über 700.000 im Jahr 2023 gestiegen.

Die Palästinenser im Westjordanland sind hinter einer Trennungsmauer eingeschlossen und sind folgenden Maßnahmen ausgesetzt:

diskriminierende Flächennutzungs- und Planungspolitik; strafbewehrte und administrative Hauszerstörungen; gewaltsame Übergriffe der israelischen Armee auf palästinensische Dörfer, Städte und Flüchtlingslager, auch im Gebiet A;

routinemäßige gewaltsame israelische Razzien in ihren Häusern;  
willkürliche Verhaftungen und unbefristet verlängerbare Verwaltungshaft (Internierung ohne Gerichtsverfahren);  
und ein duales Rechtssystem, nach dem Palästinenser gemäß der israelischen Militärgesetzgebung vor israelischen Militärgerichten ohne den grundlegenden Schutz des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte verurteilt werden, während israelische Siedler, die in demselben Gebiet leben, einem anderen Rechtssystem unterliegen und vor israelischen Zivilgerichten in

ordnungsgemäßen Verfahren Recht erfahren.

Seit dem 7. Oktober 2023 haben die israelischen Streitkräfte Luftangriffe und militärische Angriffe auf Flüchtlingslager im Westjordanland durchgeführt, bei denen zahlreiche Palästinenser getötet, Straßen mit Bulldozern geräumt und die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurden.

Auch die bewaffneten Angriffe israelischer Siedler auf Palästinenser – von israelischen Politikern offen unterstützt – sind dramatisch eskaliert.

## **Tötung von Palästinenser\*innen in Gaza**

Israel wirft "stumme" (d.h. ungelenkte) Bomben auf den Gazastreifen ab, sowie schwere Bomben mit einem Gewicht von bis zu 900 kg, die einen prognostizierten tödlichen Radius „von bis zu 360 m“ haben und "voraussichtlich schwere Verletzungen und Schäden bis zu 800 m vom Einschlagspunkt entfernt verursachen".

Angriffe auf palästinensische Häuser und Wohnblocks machen einen Großteil der Toten aus, wobei Israel Berichten zufolge künstliche Intelligenz (KI) einsetzt, um bis zu 100 Bombenziele pro Tag zu generieren. Diese Waffen werden in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt eingesetzt, in dem inzwischen etwa einer von 100 Menschen getötet wurde. Schätzungsweise 70 Prozent der Getöteten sind Frauen und Kinder.

Das Ausmaß der Sterblichkeit in palästinensischen Familien ist so hoch, dass Mediziner in Gaza ein neues Akronym prägen

mussten: "WCNSF", was so viel bedeutet wie "verwundetes Kind, keine überlebende Familie".

Die beispiellose Zahl der palästinensischen Kinderopfer hat den UNICEF-Sprecher dazu veranlasst, die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen als "Krieg gegen Kinder" zu bezeichnen.

Eine Notfallkoordinatorin von Ärzte ohne Grenzen [...] beschrieb dies: " Es sind Generationen von Kindern, die behindert sein werden, die traumatisiert sein werden. Gerade die Kinder in unserem Programm für psychische Gesundheit sagen uns, dass sie lieber sterben würden, als weiter in Gaza zu leben. "

Palästinenser in Gaza wurden bei dem Versuch, Nahrung und Wasser für ihre Familien zu finden, getötet. Sie wurden sogar, getötet, als sie versuchten, über die von Israel als "sicher" bezeichneten Routen zu fliehen.

Es gibt auch Berichte über unbewaffnete Menschen – einschließlich israelischer Geiseln –, die sofort erschossen wurden, obwohl sie keine Gefahr darstellten, und auch wenn sie weiße Fahnen schwenkten.

Ärzte, Journalisten, Lehrer, Akademiker und andere Berufsgruppen werden in einem noch nie dagewesenen Ausmaß getötet. 40 Mitarbeiter des Zivilschutzes, die bei der Bergung von Opfern aus den Trümmern helfen, wurden im Dienst getötet; Mit der Tötung zahlreicher palästinensischer Journalisten und Medienmitarbeiter im Gazastreifen sowie durch Angriffe auf das Telekommunikationsnetz des Gazastreifens hat Israel spätere Untersuchungen der israelischen Maßnahmen gegen die Palästinenser im Gazastreifen schwieriger gemacht.

Israel hat palästinensische Geschichtenerzähler und Dichter, palästinensische Bauern und Fischer sowie lokale Legenden des

Gazastreifens getötet und tut dies auch weiterhin:

Unter anderem die 84-jährige Elham Farah aus einer der ältesten christlichen Familien Palästinas – eine renommierte Akkordeonspielerin und Musiklehrerin – wurde von einem israelischen Scharfschützen vor der Kirche der Heiligen Familie in Gaza-Stadt erschossen, als sie nach Hause kam, um warme Kleidung zu holen, und verblutete.

Die Palästinenser im Gazastreifen werden nicht nur durch israelische Waffen getötet, sondern sind auch unmittelbar vom Tod durch Verhungern, Austrocknen und Krankheiten bedroht. Dies ist auf die anhaltende Belagerung durch Israel, die unzureichende Hilfe, die die palästinensische Bevölkerung erreichen kann, und die extremen Schwierigkeiten bei der Verteilung der begrenzten Hilfsgüter, die in das Gebiet gelangen dürfen, zurückzuführen, da die Infrastruktur des Gazastreifens durch die israelischen Militärangriffe dezimiert wurde.

## Massenhafte Vertreibung von Palästinenser\*innen



Schätzungen zufolge wurden mehr als 1,9 Millionen der 2,3 Millionen Palästinenser des Gazastreifens aus ihren Häusern vertrieben.

Israel erlässt wiederholt "Evakuierungsbefehle" [...] Der erste dieser Befehle vom 13. Oktober 2023 verlangte, dass die 1,1 Millionen Palästinenser, die im Norden des Gazastreifens, einschließlich Gaza-Stadt, leben oder sich anderweitig dort aufhalten, innerhalb eines Zeitfensters von 24 Stunden in den Süden des Gazastreifens umziehen. Viele derjenigen, die nicht bereit oder in der

Lage sind zu evakuieren, wurden dann in ihren Häusern bombardiert.

Wie der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen feststellte, "wurden die Wohnhäuser und die zivile Infrastruktur des Gazastreifens dem Erdboden gleichgemacht, was jede realistische Aussicht auf eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat zunichte macht

und die lange Geschichte der massenhaften Zwangsvertreibung von Palästinensern durch Israel wiederholt".

Die Zwangsvertreibungen in Gaza sind insofern völkermörderisch, als sie unter Umständen stattfinden, die auf die physische Zerstörung der Palästinenser in Gaza ausgerichtet sind.

## **Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für Palästinenser\*innen in Gaza**

Die meisten der 1,9 Millionen vertriebenen Palästinenser im Gazastreifen suchen Schutz in UNRWA-Einrichtungen, die hauptsächlich aus Schulen und Zelten bestehen.

Auch diese Orte sind nicht sicher: Bislang hat Israel - obwohl ihm die Koordinaten aller Einrichtungen der Vereinten Nationen mitgeteilt wurden - Hunderte palästinensischer Männer, Frauen und Kinder, die in diesen UNRWA-Einrichtungen Schutz suchten, getötet und über Tausend verletzt.

Ohne sichere Unterkünfte und Hilfe droht der Zivilbevölkerung in Gaza der Tod oder sie wird nach Ägypten und weiter hinaus vertrieben.

Andere versuchen, bei Verwandten oder Fremden, in staatlichen Einrichtungen, Krankenhaushöfen oder behelfsmäßigen Lagern unterzukommen, oder sie leben und schlafen einfach auf der Straße und sind Wind und Wetter ausgesetzt.

Berichten zufolge sterben Neugeborene in Notunterkünften an vermeidbaren Ursachen, weil es keine angemessenen sanitären Einrichtungen, keine Nahrungsmittel, kein Wasser und keine medizinische Versorgung gibt.

Am 20. Dezember 2023 warnte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass "in Gaza bereits jetzt die Zahl der Ausbrüche von Infektionskrankheiten sprunghaft ansteigt. Die Zahl der Durchfallerkrankungen bei Kindern unter 5 Jahren ist 25 Mal höher als vor dem Konflikt. Solche Erkrankungen können für unterernährte Kinder tödlich enden, vor allem, wenn es keine funktionierenden Gesundheitsdienste gibt". Die Abwässer können nicht mehr kanalisiert werden und fließen auf die Straßen, auf denen die Palästinenser leben. Diese Bedingungen – von Israel absichtlich herbeigeführt – zielen auf die Vernichtung der palästinensischen Gruppe in Gaza.

# Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Nahrungsmitteln und Wasser für Palästinenser\*innen in Gaza

Am 9. Oktober 2023 verhängte Israel eine "vollständige Belagerung" des Gazastreifens, so dass kein Strom, keine Nahrungsmittel, kein Wasser und kein Treibstoff in den Streifen gelangen dürfen.

Obwohl die Belagerung seither teilweise gelockert wurde und seit dem 21. Oktober 2023 einige Hilfsgütertransporte in den Gazastreifen zugelassen wurden, ist dies nach wie vor völlig unzureichend [...]

Darüber hinaus liegen die seit dem 21. November 2023 zugelassenen Treibstoffimporte "weit unter dem Mindestbedarf für wesentliche humanitäre Maßnahmen".

Vor diesem Hintergrund wird die Resolution 2720 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 22. Dezember 2023 weithin als wirkungslos angesehen, obwohl sie die Konfliktparteien auffordert, "die Nutzung aller verfügbaren Routen in den und durch den gesamten Gazastreifen, einschließlich der Grenzübergänge, zuzulassen und zu erleichtern" [...]

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat als notwendig Bedingungen für die Ermöglichung einer *wirksamen* Hilfe zur Unterstützung der Palästinenser im Gazastreifen identifiziert:

- (1) Sicherheit ([...] „Die intensive israelische Bombardierung und die aktiven Kämpfe in den dicht besiedelten städtischen Gebieten des Gazastreifens bedrohen das Leben der Zivilbevölkerung und der Mitarbeiter der humanitären Hilfe gleichermaßen“);
- (2) Personal ("Die humanitäre Aktion erfordert Mitarbeiter, die in Sicherheit leben und

arbeiten können. 136 unserer Kollegen in Gaza sind in 75 Tagen getötet worden [...]);

- (3) Logistik ("Viele unserer Fahrzeuge und Lastwagen wurden nach unserer erzwungenen, überstürzten Evakuierung aus dem Norden zerstört oder zurückgelassen, aber die israelischen Behörden haben keine weiteren Lastwagen für den Gazastreifen zugelassen. Dadurch wird die Hilfsaktion massiv behindert. Die Lieferung im Norden ist aufgrund der aktiven Konflikte, der nicht explodierten Munition und der stark beschädigten Straßen extrem gefährlich. ");
- (4) und die Wiederaufnahme der kommerziellen Aktivitäten

Oxfam und Human Rights Watch haben Israel ausdrücklich beschuldigt, den Hunger "als Kriegswaffe" gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza einzusetzen.

Auch die Wasservorräte sind erschöpft. Israel kappt weiterhin die Wasserleitungen für den Norden des Gazastreifens, und die Wasserentsalzungsanlage im Norden funktioniert nicht.

Der Wassermangel wirkt sich vor allem auf stillende Frauen aus, die selbst bei mäßiger körperlicher Betätigung täglich 7,5 Liter Wasser zum Trinken, für sanitäre Anlagen und für die Hygiene benötigen, um sich und ihre Babys gesund zu erhalten.

Junge Mütter, die aufgrund der Nahrungsmittelknappheit nicht stillen können, sind gezwungen, verunreinigtes Wasser für die Zubereitung von Säuglingsnahrung zu verwenden - sofern es verfügbar ist - und riskieren damit Krankheiten bei ihren gefährdeten Babys.

## Verweigerung angemessener medizinischer Hilfe für Palästinenser\*innen in Gaza

In einem Schreiben an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 2023 schrieb der internationale Präsident von Ärzte ohne Grenzen:

„Diese vermeintlich geschützten Einrichtungen werden bombardiert, mit Panzern und Kanonen beschossen, eingekesselt und überfallen, wobei Patienten und medizinisches Personal getötet werden.

Das medizinische Personal, auch unser eigenes, ist völlig erschöpft und verzweifelt. Sie mussten *Kindern, die an schweren Verbrennungen litten, ohne Narkose* und ohne sterilisierte chirurgische Instrumente *Gliedmaßen amputieren.* „

Die israelische Armee hat Generatoren für Krankenhäuser, Solaranlagen für Krankenhäuser, und andere lebensrettende Geräte wie Sauerstoffstationen und Wassertanks angegriffen.

Sie hat auch Krankenwagen, medizinische Konvois und Ersthelfer angegriffen. 311 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet

Palästinenser starben als unmittelbare Folge des israelischen Strom- und Treibstoffstopps für Krankenhäuser, darunter fünf Frühgeborene und 40 Patienten der Intensiv- und Nierenstation des Al Shifa Krankenhauses.

Andere Palästinenser starben als direkte Folge der von Israel erzwungenen Evakuierung von Krankenhäusern, darunter mindestens vier Babys im Al Nasr Krankenhaus, deren winzige Körper Wochen später – während eines vorübergehenden Waffen-

stillstands – in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden wurden.

Der kritische Mangel an Personal und Material - einschließlich Betäubungsmitteln, Schmerzmitteln, Medikamenten und Desinfektionsmitteln - hat nicht nur zu unnötigen Amputationen von Gliedmaßen geführt, sondern auch zu Amputationen *ohne Betäubung*, die oft mit Taschenlampen durchgeführt werden.

Auch bei schwangeren Frauen werden Kaiserschnitte ohne Betäubung durchgeführt. Patienten werden auf schmutzigen, blutverschmierten Böden behandelt.

Es gibt nicht genügend Personal und Mittel für eine angemessene Wund- oder postoperative Wundversorgung:

unsaubere Wunden - die oft von Würmern und Fliegen befallen sind - infizieren sich schnell, werden nekrotisch oder gangränös. Die Patienten flehen um Nahrung und Wasser. Selbst eine grundlegende Schmerzbehandlung ist oft nicht verfügbar, und die Patienten laufen Gefahr, an behandelbaren Krankheiten zu sterben.

Neben den Kriegsverletzten gibt es Hunderttausende von Palästinensern in Gaza, die wegen Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes immer noch eine medizinische Routineversorgung benötigen.

Tausende von Palästinensern im Gazastreifen benötigen dringende Hilfe bei Nieren- und Krebserkrankungen.

Die Weltgesundheitsorganisation stellte fest: " Die Menschen in Gaza, die schon ge-

nug gelitten haben, sind nun vom Hungertod bedroht und von Krankheiten, *die mit einem funktionierenden Gesundheitssystem leicht behandelt werden könnten*. Das muss aufhören. Nahrungsmittel und andere Hilfs-

güter müssen in weit größerem Umfang fließen. **Die WHO bekräftigt ihre Forderung nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand**".

## Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza

Israel hat auch das grundlegende zivile System in Gaza angegriffen.

Israel hat u.a. den Justizpalast und den Komplex des Palästinensischen Legislativrats erheblich beschädigt, das Gebäude des Zentralarchivs von Gaza-Stadt angegriffen, die wichtigste öffentliche Bibliothek von Gaza-Stadt in Trümmern hinterlassen, alle vier Universitäten des Gazastreifens angegriffen.

Israel hat zahlreiche palästinensische Bildungs- und Kulturzentren beschädigt und zerstört, darunter die Al-Zafar-Dmari-Moschee und das Rafah-Museum, Gaza's neu eröffnetes Museum des palästinensischen

Erbes mit Hunderten von kulturellen und archäologischen Artefakten. Israel hat auch die "Altstadt" von Gaza-Stadt zerstört, das Rashad al-Shawa-Kulturzentrum[...] Israel hat schätzungsweise 318 muslimische und christliche religiöse Stätten beschädigt oder zerstört und damit die Orte zerstört, an denen Palästinenser seit Generationen beten.

Israel löscht auch das persönliche Leben und die privaten Erinnerungen, die Geschichte und die Zukunft der Palästinenser aus, indem es Friedhöfe bombardiert und mit Bulldozern platt walzt, Familienunterlagen und Fotos vernichtet, ganze Mehrgenerationenfamilien auslöscht.

## Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten

Angesichts des fehlenden Zugangs zu lebenswichtigen medizinischen Gütern, einschließlich Blut, sind die Ärzte gezwungen, bei jungen Frauen eine unnötige Gebärmutterentfernung vorzunehmen, um ihr Leben zu retten, so dass sie keine weiteren Kinder bekommen können.

Berichten zufolge ist die Zahl der Frühgeburten um 25 bis 30 Prozent gestiegen, da die gestressten und traumatisierten schwangeren Frauen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind.

Neugeborene im Alter von bis zu drei Monaten sterben an Durchfall, Unterkühlung

und anderen vermeidbaren Ursachen. Ohne wichtige Ausrüstung und medizinische Unterstützung haben Frühgeborene und untergewichtige Babys kaum eine Überlebenschance.

Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen warnte am 20. November 2023: "Die reproduktive Gewalt, die Israel palästinensischen Frauen, Neugeborenen, Säuglingen und Kindern zufügt, könnte als ... *Akte des Völkermordes gemäß Artikel 2 der Konvention zur Verhütung des Völkermordes ... eingestuft werden.*"

# Völkermordabsichten gegen das palästinensische Volk

Die Beweise für die spezifische Absicht ("*dolus specialis*") der israelischen Regierungsvertreter, Völkermord zu begehen und fortzusetzen oder ihn nicht zu verhindern, sind seit Oktober 2023 erheblich und offenkundig.

Diese Absichtserklärungen - in Verbindung mit dem Ausmaß des Tötens, Verstümmelns, der Vertreibung und der Zerstörung vor Ort sowie der Belagerung - belegen einen sich entfaltenden und fortgesetzten Völkermord.

## **Netanyahu, Premierminister von Israel:**

Am 28. Oktober 2023, als die israelischen Streitkräfte ihren Einmarsch in den Gazastreifen vorbereiteten, berief sich der Premierminister auf die biblische Geschichte der totalen Vernichtung Amaleks durch die Israeliten und erklärte: "Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel. Und wir erinnern uns". [...] Die entsprechende Bibelstelle lautet wie folgt: "Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel".

**Präsident von Israel:** Am 12. Oktober 2023 machte Präsident Isaac Herzog deutlich, dass Israel nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten im Gazastreifen unterscheidet, und erklärte in einer Pressekonferenz vor ausländischen Medien - in Bezug auf die Palästinenser im Gazastreifen, von de-

nen über eine Million Kinder sind: "Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Diese Rede davon, dass die Zivilisten nicht wissen, dass sie nicht beteiligt sind, ist nicht wahr. Sie ist absolut nicht wahr. ... und wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen."

[...] Der israelische Präsident ist einer von vielen Israelis, die handschriftliche "Botschaften" auf Bomben geschrieben haben, die auf Gaza abgeworfen werden sollen.

**Israelischer Verteidigungsminister:** Am 9. Oktober 2023 teilte Verteidigungsminister Yoav Gallant mit, dass Israel "den Gazastreifen vollständig belagert. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff.

Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend".

Außerdem teilte er den Truppen an der Grenze zum Gazastreifen mit, dass er "alle Zurückhaltung gelöst" habe : "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen.[...]"

**Israelischer Minister für Kulturerbe:** Am 1. November 2023 postete Amichai Eliyahu auf Facebook: "Der Norden des Gazastreifens, schöner als je zuvor. Alles ist in die Luft gesprengt und eingeebnet, einfach eine Freude für die Augen ... Wir müssen über den Tag danach sprechen.

Meiner Meinung nach werden wir all jenen,

die im Laufe der Jahre für den Gazastreifen gekämpft haben, und jenen, die aus Gush Katif [einer ehemaligen israelischen Siedlung] vertrieben wurden, Landparzellen übergeben."

Später sprach er sich gegen humanitäre Hilfe aus, so wie "wir den Nazis keine humanitäre Hilfe gewähren würden" und es "so was wie unbeteiligte Zivilisten in Gaza nicht gibt".

Er schlug auch einen Atomangriff auf den Gazastreifen vor.

#### **Israelischer Minister für Landwirtschaft:**

Am 11. November 2023 erinnerte Avi Dichter in einem Fernsehinterview an die Nakba von 1948, bei der mehr als 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung des neuen israelischen Staates aus ihren Häusern vertrieben wurden oder geflohen sind, und erklärte:

"Wir rollen gerade die Gaza Nakba aus".

#### **Stellvertretender Sprecher der Knesset und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit:**

Am 7. Oktober 2023 "tweetete" Nissim Vaturi: "Jetzt haben wir alle ein gemeinsames Ziel - den Gazastreifen vom Antlitz der Erde zu tilgen. Diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, werden ersetzt werden".

#### **Generalmajor der israelischen Armee:**

Am 7. Oktober 2023 beschrieb **Giora Eiland** in einem Online-Journal den israelischen Befehl, die Wasser- und Stromversorgung des Gazastreifens zu unterbrechen: " (...) Um die Belagerung wirksam zu machen, müssen wir andere daran hin-

dern, dem Gazastreifen Hilfe zu leisten. *Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen.* Wenn Ägypten und andere Länder es vorziehen, dass diese Menschen im Gazastreifen umkommen, ist das ihre Entscheidung". [...]

"[...] Die internationale Gemeinschaft warnt uns vor einer humanitären Katastrophe in Gaza und vor schweren Epidemien. Davor dürfen wir nicht zurückschrecken, so schwierig das auch sein mag. Schließlich werden schwere Epidemien im Süden des Gazastreifens den Sieg näher bringen. . . Gerade sein ziviler Zusammenbruch wird das Ende des Krieges näher bringen."

Am 11. Oktober 2023 wurde der 95-jährige israelische **Armee-Reservist Ezra Yachin** [...] in den sozialen Medien übertragen, wo er andere Soldaten wie folgt zum Völkermord aufstachelte [...]:

"Sei triumphierend und erledige sie, ohne jemanden zurückzulassen. *Löscht die Erinnerung an sie aus.*

*Löscht sie aus, ihre Familien, Mütter und Kinder.*

*Diese Tiere können nicht länger leben...*

Jeder Jude mit einer Waffe sollte hinausgehen und sie töten.

Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht, geh zu ihm nach Hause und erschieß ihn...

wir wollen eindringen und zerstören, was vor uns ist, und Häuser zerstören, dann das nächste zerstören.

Mit all unseren Kräften, *vollständige Zerstörung*, eindringen und zerstören.[...]

Lasst sie Bomben auf sie werfen und sie auslöschen."

**Die oben genannten Äußerungen israelischer Entscheidungsträger und Militärs stellen eine klare direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die unkontrolliert und ungestraft geblieben ist.**

Aus den Handlungen der israelischen Armee vor Ort lässt sich eindeutig schließen, dass diese völkermörderischen Erklärungen und Anweisungen gegen das palästinensische Volk umgesetzt werden.

In einem Video, das in Beit Lahia gedreht und am 4. November 2023 im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, erklärte

**Oberst Yogev Bar- Sheshet:**

"Wer hierher zurückkehrt, wenn er denn zurückkehrt, wird verbrannte Erde vorfinden. Keine Häuser, keine Landwirtschaft, kein gar nichts. Sie haben keine Zukunft."

**Parlamentarier** haben öffentlich bedauert, dass jemand "Mitleid" mit den "unbeteiligten" Bürgern des Gazastreifens hat, indem sie wiederholt behaupteten, dass "es keine Unbeteiligten gibt", dass "es keine Unschuldigen in Gaza gibt", dass "die Mörder der Frauen und Kinder nicht von den Bürgern des Gazastreifens getrennt werden sollten", dass "die Kinder des Gazastreifens sich dies selbst eingebrockt haben", und dass "es für

jeden dort ein Urteil geben sollte - den Tod".

**Medienberichte** rufen dazu auf, den Gazastreifen "auszuradieren", in ein "Schlachthaus" zu verwandeln, dass "die Hamas nicht eliminiert", sondern "der Gazastreifen dem Erdboden gleichgemacht" werden sollte, mit der wiederholten Behauptung, dass "es *keine Unschuldigen* gibt ... Es gibt keine Bevölkerung. *Es gibt 2,5 Millionen Terroristen*".

In einem israelischen Nachrichteninterview forderte ein ehemaliger Abgeordneter die Tötung aller Palästinenser in Gaza mit den Worten: "Ich sage euch, *in Gaza sind ausnahmslos alle Terroristen, Söhne von Hunden. Sie müssen ausgerottet werden, sie müssen alle getötet werden.* Wir werden den Gazastreifen platt machen, sie in Staub verwandeln, und *die Armee wird das Gebiet säubern.* Dann werden wir anfangen, neue Gebiete zu bauen, für uns, vor allem zu unserer Sicherheit."

**Diese Äußerungen prominenter Mitglieder der israelischen Gesellschaft stellen eine eindeutige direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die von den israelischen Behörden nicht behindert und nicht geahndet wurde.**

## Einige der beantragten vorläufigen Maßnahmen

- (1) Der Staat Israel stellt seine militärischen Operationen im und gegen den Gazastreifen unverzüglich ein.
- (2) Der Staat Israel stellt sicher, dass alle militärischen oder irregulären bewaffneten Einheiten, die von ihm geleitet, unterstützt oder beeinflusst werden können, sowie alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen können, keine Schritte unternehmen, die die unter Nummer 1 genannten militärischen Operationen fördern. (...)
- (3) Der Staat Israel unterlässt (...) alle Handlungen, die in den Anwendungsbereich von Artikel II der Konvention fallen, insbesondere:
  - (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
  - (b) schwere körperliche oder seelische Schäden für die Mitglieder der Gruppe verursachen;
  - (c) die vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die Gruppe ganz oder teilweise physisch zu zerstören; und
  - (d) Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe.



UNICEF, Februar 2024

# Beschluss des internationalen Gerichtshofs am 26. Januar 2024

## Auszug:

### **DER GERICHTSHOF verkündet die folgenden vorläufigen Maßnahmen:**

**(1)** Der Staat Israel ergreift in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die Begehung aller Handlungen zu verhindern, die in den Anwendungsbereich von Artikel II dieser Konvention fallen, insbesondere:

- (a) die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;
- (c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen aufzuerlegen, die ihre vollständige oder teilweise physische Vernichtung herbeiführen sollen, und
- (d) die Verhängung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern;

**(2)** Der Staat Israel stellt mit sofortiger Wirkung sicher, dass sein Militär keine der in Punkt 1 beschriebenen Handlungen begeht;

**(3)** Der Staat Israel ergreift alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die di-

rekte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen zu verhindern und zu bestrafen;

**(4)** Der Staat Israel ergreift sofortige und wirksame Maßnahmen, um die Bereitstellung dringend benötigter grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe zu ermöglichen, um die widrigen Lebensbedingungen der Palästinenser im Gazastreifen zu verbessern;

**(5)** Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Sicherung von Beweismaterial zu gewährleisten, das im Zusammenhang mit dem Vorwurf von Handlungen steht, die in den Anwendungsbereich der Artikel II und III der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen fallen;

**(6)** Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb eines Monats ab dem Datum dieses Beschlusses einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die er zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen hat.

# Klage Nicaraguas gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof Den Haag

## Alle Dokumente:

Internationaler Gerichtshof, <https://www.icj-cij.org/case/193>

Übersetzung: [Nicaragua-Forum](#),

Links zu den Quellen der Anklageschrift: [sand-im-getriebe.org](http://sand-im-getriebe.org)

Mit der vorliegenden Klage ersucht Nicaragua den Gerichtshof, zu entscheiden und festzustellen, dass Deutschland durch sein Verhalten in Bezug auf die schweren Verstöße gegen zwingende Normen des Völkerrechts, die in den besetzten palästinensischen Gebieten stattfinden,

- **nicht nur** seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, den Völkermord zu verhindern, der an der palästinensischen Bevölkerung - einschließlich derjenigen im Gazastreifen - begangen wurde und wird,

- **sondern auch** zur Begehung von Völkermord unter Verletzung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (im Folgenden UN-Völkermordkonvention) beigetragen hat;

Es könnte verständlich sein, dass Staaten wie Deutschland, die mit dem Staat Israel befreundet sind, eine angemessene Reaktion auf diesen Angriff unterstützen, **doch kann dies keine Entschuldigung für ein völkerrechtswidriges Verhalten sein.**

Deutschland hat Israel politisch, finanziell und militärisch unterstützt und war sich voll bewusst, dass die militärischen Aus-

rüstungen von diesem Staat für schwere Verstöße gegen das Völkerrecht und unter Missachtung seiner eigenen Verpflichtungen verwendet werden würden.

Die deutsche Regierung hat außerdem die Unterstützung für das UNRWA eingestellt. Seit seiner Gründung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1949 ist das UNRWA das wichtigste Hilfswerk für die Millionen palästinensischer Flüchtlinge.

Jede Vertragspartei der UN-Völkermordkonvention ist nach der Konvention verpflichtet, alles zu tun, um die Begehung von Völkermord zu verhindern.

Durch die Lieferung von Militärgütern und die Streichung der Mittel für das UNRWA, das die Zivilbevölkerung maßgeblich unterstützt, leistet Deutschland jedoch Beihilfe zum Völkermord und ist in jedem Fall seiner Verpflichtung nicht nachgekommen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Begehung eines Völkermordes zu verhindern.

Das Versäumnis Deutschlands ist in Bezug auf Israel umso verwerflicher, als Deutschland zu diesem Land ein selbst-erklärtes privilegiertes Verhältnis hat, das es ihm ermöglichen würde, dessen Verhalten sinnvoll zu beeinflussen.

# SCHWERWIEGENDE VERSTÖSSE DEUTSCHLANDS GEGEN SEINE VERPFLICHTUNGEN UND GEGEN VERBINDLICHE NORMEN

Von Beginn des militärischen Angriffs auf Gaza an wurden zahlreiche Nachrichten veröffentlicht, wie z. B. die Äußerungen israelischer Amtsträger, die Palästinenser als "menschliche Tiere" bezeichneten und die öffentliche Ankündigung einer "vollständigen Abriegelung" des Gazastreifens, wo es "keinen Strom, keine Lebensmittel und keinen Treibstoff" geben würde.

Darüber hinaus beschloss Israel, die Wasserversorgung einzustellen, und kündigte an, dass die Strom-, Brennstoff- und Wasserversorgung erst wieder aufgenommen würde, wenn die Geiseln freigelassen würden.

**Die Ankündigung Israels zu Beginn seines militärischen Angriffs, die Zivilbevölkerung anzugreifen** - ein klarer Akt der kollektiven Bestrafung - wurde von den Vereinten Nationen, von Regierungen und der Zivilgesellschaft sofort verurteilt.

Seit den ersten Tagen des israelischen Angriffs hat der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik auf diese Situation hingewiesen und erklärt: "Wie ich bereits sagte, verstoßen einige ihrer Aktionen gegen das Völkerrecht und die Vereinten Nationen haben bereits erklärt, dass die Unterbrechung der Wasser-, Strom- und Lebensmittelversorgung für eine große Zahl von Zivilis-

ten gegen das Völkerrecht verstößt. Also ja, es gibt einige Aktionen, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht stehen"

**Am 10. Oktober** rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Einrichtung eines humanitären Korridors auf und fügte hinzu, dass "Krankenhäuser ohne Kraftstoff und ohne Strom nicht funktionieren".

**Am 11. Oktober** ging dem Elektrizitätswerk in Gaza der Treibstoff aus, und das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) warnte, dass "mehr als 650.000 Menschen von einer schweren Trinkwasserknappheit betroffen sind".

Daraufhin gab der Generalsekretär **am 11. Oktober** eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, dass "lebenswichtige Hilfsgüter - einschließlich Treibstoff, Lebensmittel und Wasser - in den Gazastreifen gelangen müssen".

Während die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen **die illegalen Handlungen Israels verurteilten**, bekräftigte der deutsche Bundeskanzler am 12. Oktober 2023 die volle Unterstützung Deutschlands für Israels Militäraktion, die bereits offenkundig willkürlich war.

In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag erklärte er: "In diesem Moment

gibt es für Deutschland nur einen Platz: den Platz an der Seite Israels. Das meinen wir, wenn wir sagen: Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson."

Als der Bundeskanzler seine Rede im Parlament hielt, hatte Deutschland bereits die Übergabe von zwei Heron-Drohnen, Schutzwesten, medizinischem Material und die Behandlung von verletzten Israelis in deutschen Krankenhäusern genehmigt, während den Palästinensern dringend benötigte Mittel gestrichen wurden. Die beiden Heron-Drohnen wurden sofort gegen die Palästinenser eingesetzt.

Die deutsche Außenministerin bekräftigte: "Wir stehen (...) als Bundesregierung fest an der Seite unserer israelischen Freunde. Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson. Ich habe in diesem Verständnis gegenüber Israel all unsere Unterstützung in jeglichen Bereichen angeboten."

Die entschlossene Haltung Deutschlands zur Verteidigung des illegalen israelischen Vorgehens wurde auch von der stellvertretenden Sprecherin der Bundesregierung am 11. Oktober 2023 bestätigt. Ihre Antwort lautete: "Für uns steht in diesem Moment, in dem Israel von der Hamas auf diese brutale Weise angegriffen wurde, die Solidarität mit Israel im Vordergrund, und wir betonen, dass Israel das Recht hat, gegen diesen Angriff vorzugehen und sich zu verteidigen".

Medienberichte hatten an diesem Tag davor gewarnt, dass die Vergeltungsangriffe mit Kampfjets bereits viele Teile

der Enklave in Schutt und Asche gelegt hatten, wobei bereits Wohnhäuser, Verwaltungsgebäude, Moscheen und Universitäten bombardiert wurden.

Dennoch gab es von deutscher Seite keinen Hinweis darauf, dass die totale Blockade Gazas durch Israel nicht mit dem Völkerrecht vereinbar sei.

**Anfang Oktober 2023** bestätigte der deutsche Verteidigungsminister, dass Israel ebenfalls um "Munition für [seine] Schiffe" gebeten habe und dass Deutschland sich hierzu "mit den Israelis austauschen" werde. Nach Angaben des Verteidigungsministers "führen die Israelis [...] einen Existenzabwehrkampf". Dabei sollte beachtet werden, dass die israelische Marine am Tag vor dieser Ankündigung "zentrale Gebiete des Gazastreifens entlang der Mittelmeerküste und Wohngebiete der Stadt Khan Yunis angegriffen" hatte.

**Am 19. Oktober** haben neun Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen öffentlich und ausdrücklich erklärt: "Wir schlagen Alarm: Es gibt eine laufende Kampagne Israels, die zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza führt. In Anbetracht der Äußerungen führender israelischer Politiker und ihrer Verbündeten, die von Militäraktionen in Gaza und einer Eskalation der Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland begleitet werden, besteht auch die Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk".

Deutschland unterstützte jedoch Israel weiterhin.

Anfang November 2023 wurde allgemein berichtet, dass sich die deutschen Rüstungsexportgenehmigungen nach Israel im Vergleich zum Vorjahr fast verzehnfacht hatten und einen Wert von 303 Millionen Euro erreichten.

Am 12. November 2023 erklärte der deutsche Bundeskanzler öffentlich, dass er gegen einen dringend notwendigen Waffenstillstand sei: "[I]ch gebe gerne zu, dass ich die Forderung, die einige aufstellen, nach einem sofortigen Waffenstillstand oder einer langen Pause - was ja quasi das Gleiche ist - nicht richtig finde"

**Die öffentlichen Aufrufe, das Massaker zu stoppen, waren zahlreich und wurden fortgesetzt.**

Dennoch setzte Deutschland seine Unterstützung für Israel fort. Bis Ende 2023 hatte die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Israel im Wert von 326 Millionen Euro bewilligt.

Im Januar 2024 berichteten deutsche Medien, dass Israel eine Anfrage für Panzergranaten gestellt hatte, insbesondere 10.000 120-Millimeter-Präzisionsgeschosse von Rheinmetall.

In letzter Zeit haben verschiedene Behörden der Europäischen Union und Mitgliedstaaten der EU die Unvereinbarkeit von Waffenexporten nach Israel mit dem Völkerrecht angeprangert. Wie der Hohe Vertreter der Europäischen Union, Josep Borrell, erklärt hat: „Nun, wenn Sie glauben, dass zu viele Menschen getötet werden, sollten Sie vielleicht weniger Waffen liefern, um zu verhindern, dass so viele Menschen getötet werden. Ist das nicht logisch?“

Aus all dem genannten geht hervor, dass Deutschland Israel politisch, finanziell und militärisch unterstützt hat und weiterhin unterstützt und zwar in voller Kenntnis der Tatsache, dass Israel schwere Verstöße gegen das Völkerrecht vorgeworfen werden, deren Durchführung durch diese Unterstützung begünstigt wurden, unter Missachtung der eigenen Verpflichtungen Deutschlands. So liefert Deutschland insbesondere militärische Ausrüstung, Komponenten und Technologie an Israel, wohl wissend, dass diese gegen Palästinenser in Gaza eingesetzt und zur Begehung schwerer völkerrechtlicher Verbrechen verwendet werden, was einen schweren Verstoß gegen grundlegende Regeln des Völkerrechts darstellt.



Medical team treating trauma injuries on the floor in Nasser hospital, Khan Younis. WHO, January 2024

## Das UNRWA

Am 27. Januar 2024 teilte Deutschland dem UNRWA mit, dass es seine Mittel für das Hilfswerk wegen der von Israel erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit der angeblichen Beteiligung von zwölf Mitarbeitern an den Ereignissen vom 7. Oktober aussetze.

Israel hat dem UNRWA oder der internationalen Gemeinschaft keine Beweise zur Untermauerung seiner Behauptungen vorgelegt, und die angeblichen Geheimdienstinformationen wurden nicht von unabhängiger Seite überprüft und sogar als "wenig vertrauenswürdig" eingestuft.

Obwohl keine Beweise vorgelegt wurden, teilte das UNRWA mit, es habe die Verträge der Beschuldigten sofort gekündigt und stellte klar, dass dies im Interesse der Organisation geschah und nicht als Eingeständnis eines Fehlverhaltens, das nur durch eine Untersuchung festgestellt werden könne.

Darüber hinaus aktivierte der UNRWA-Kommissar eine administrative Untersuchung durch das Amt für interne Aufsichtsdienste der UNO (OIOS) und akzeptierte auch ein unabhängiges Gremium unter der Leitung der ehemaligen französischen Außenministerin Catherine Colonna.

In diesem Sinne forderte der UNRWA-Kommissar Israel auf, mit der OIOS-Untersuchung zusammenzuarbeiten, um in einem Bericht, der für Ende April 2024 erwartet wird, unabhängig die Wahrheit zu ermitteln.

Die Mitarbeiter, deren Verträge gekündigt wurden, stellen 0,01 Prozent der rund dreizehntausend Beschäftigten im Gaza dar, doch in weniger als 24 Stunden nach der Ankündigung von Israels Vorwürfen beschloss Deutschland, die Mittel für das UNRWA zu kürzen, während es Israel weiterhin jede Art von Unterstützung, insbesondere militärischer Art, zukommen lässt.

Das UNRWA ist die wichtigste humanitäre Organisation in Gaza, von der das Überleben von mehr als zwei Millionen Menschen abhängt und seine Arbeit kann derzeit durch keine andere Organisation ersetzt werden. Dies hat auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen deutlich hervorgehoben: *Insbesondere in Gaza sind die 3.000 Mitarbeiter des UNRWA in Gaza, die sich um die Nothilfe kümmern, das Rückgrat der humanitären Hilfe der Vereinten Nationen*

Die Arbeit des UNRWA kann nicht durchgeführt werden, wenn Geber wie Deutschland ihre Beiträge aussetzen, da diese Spenden 95 % des Gesamthaushalts ausmachen. Tatsächlich ist Deutschland nach den Vereinigten Staaten der zweitwichtigste Finanzier.

Das UNRWA ist unter den Organisationen der Vereinten Nationen einzigartig, da es seine Leistungen direkt an die Palästinenser erbringt. Zu diesen Diensten gehören Nothilfe und medizinische Grundversorgung im Allgemeinen, Betreuung vor und nach der Geburt, Säug-

lingsbetreuung, Impfungen, Diagnose- und Labordienste, Behandlung chronischer Krankheiten, ambulante und stationäre Behandlung, Spezialdienste (Kardiologie, Augenheilkunde, Geburtshilfe, Gynäkologie usw.), Rehabilitation und Physiotherapie, um nur einige zu nennen.

Darüber hinaus kontrolliert das UNRWA im Rahmen seines Umweltgesundheitsprogramms die Qualität des Trinkwassers, sorgt für sanitäre Einrichtungen und führt in den Flüchtlingslagern die Bekämpfung von Schädlingen und Nagetieren durch. Nicht weniger wichtig sind die gemeindenahen Dienste für die psychische Gesundheit von Palästinensern, die unter dem Trauma der Vertreibung und wiederholter Gewalt gegen sie leiden. Dieser Aspekt ist besonders wichtig für Kinder, auch für Kinder mit geistigen Be-

hinderungen, denen dieses Programm besonders zugutekommt.

Deutschland ist sich der tödlichen Auswirkungen seiner Entscheidung, die Mittel für das UNRWA zu kürzen, sehr wohl bewusst. Dies läuft auf eine kollektive Bestrafung von Millionen von Palästinensern hinaus, insbesondere der Bewohner des Gazastreifens, da sie dadurch zu Mangel, Hunger und Krankheit verurteilt werden.

Mit seinem Verhalten versagt Deutschland nicht nur bei der Einhaltung der humanitären Rechte und der Verhinderung von Völkermord, sondern trägt aktiv zur Verletzung dieser grundlegenden Regeln sowie zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems und der Diskriminierung des palästinensischen Volkes und seines Rechts auf Selbstbestimmung bei.

## **Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen**

Dieser Antrag bezieht sich auf die katastrophale Lage der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere in Gaza.

Die jüngste Ankündigung einer bevorstehenden Militärintervention in Rafah - wo mehr als eine Million Menschen, die von Israel aus dem Norden des Gazastreifens vertrieben wurden, eine bedingte Zuflucht gefunden haben - bestätigt, dass sich der Konflikt weiter verschärft.

Wie dem Gerichtshof bekannt ist, werden 1,7 Millionen der 2,3 Millionen Menschen nach wie vor gewaltsam vertrieben, und die meisten von ihnen, nämlich 1,4 Millionen Geflüchtete, befinden sich

im Bezirk Rafah, der zugleich als Basis für alle humanitären Maßnahmen dient.

Israel hat mit einer Kombination aus wahllosen Bombardierungen und der kontrollierten Zerstörung der zivilen Infrastruktur alles in Schutt und Asche gelegt. Es gibt keine Wohnhäuser, in die man zurückkehren könnte, keine Krankenhäuser und keine Lebensmittelvorräte im gesamten Gazastreifen.

Seit dem 21. Februar 2024 hat das Welternährungsprogramm alle Lieferungen von Nahrungsmitteln in den nördlichen Gazastreifen eingestellt, und am 26. Fe-

bruar wurde berichtet, dass "die Menschen ihre Kinder mit Tierfutter ernähren"

Am 21. Februar 2024 wurde eine gemeinsame Erklärung von 19 Direktoren des Ständigen Interinstitutionellen Ausschusses veröffentlicht, in der sie zehn Forderungen aufstellen, um eine noch schlimmere Katastrophe im Gazastreifen zu verhindern, darunter die Forderung, dass "das UNRWA, das Rückgrat der humanitären Maßnahmen im Gazastreifen, [...] Mittel erhalten [muss], die es braucht, um lebensrettende Hilfe zu leisten" Die Direktoren betonten auch, dass "eine weitere Eskalation der Gewalt in diesem dicht besiedelten Gebiet [Rafah] [...] zu einer Vielzahl von Opfern führen [würde]."

Darüber hinaus haben am 23. Februar 2024 34 Sonderberichterstatter, unabhängige Experten und Mitglieder von Arbeitsgruppen im Rahmen der Sonderverfahren des UN-Menschenrechtsrats eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie einen sofortigen Stopp der Waffenexporte nach Israel fordern: Die Experten erklärten auch ausdrücklich, dass "jeder Transfer von Waffen oder Munition an Israel, die in Gaza eingesetzt werden könnten, wahrscheinlich gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt und sofort eingestellt werden muss", da "Israel wiederholt gegen das Völkerrecht verstoßen hat".

In diesem Sinne erinnerten die Experten an den Erlass des Internationalen Gerichtshofs über vorläufige Maßnahmen

vom 26. Januar 2024 und an die Pflichten der Staaten gemäß der UN-Völkermordkonvention, wonach sie alle ihnen angemessen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen haben, um Völkermord zu verhindern, "insbesondere wenn ein Staat durch seine politischen, militärischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Beziehungen Einfluss hat", und wiesen darauf hin, dass die Vereinigten Staaten und Deutschland "bei weitem die größten Waffenexporteure sind und die Lieferungen seit dem 7. Oktober 2023 zugenommen haben".

Die jüngsten Informationen bestätigen nur die vom Gerichtshof festgestellte ernste Gefahr einer Verschlechterung. In seinem Beschluss vom 26. Januar 2024 bedachte das Gericht "dass die Zivilbevölkerung im Gazastreifen weiterhin extrem gefährdet ist. Es erinnert daran, dass die von Israel seit dem 7. Oktober 2023 durchgeführte Militäroperation unter anderem zu Zehntausenden von Toten und Verletzten und zur Zerstörung von Häusern, Schulen, medizinischen Einrichtungen und anderer lebenswichtiger Infrastruktur sowie zu massiven Vertreibungen geführt hat (...). Der Gerichtshof stellt fest, dass die Operation andauert und dass der israelische Premierminister am 18. Januar 2024 ankündigte, dass der Krieg ,noch viele lange Monate dauern wird'. Derzeit haben viele Palästinenser im Gazastreifen keinen Zugang zu den grundlegendsten Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Strom, lebenswichtigen Medikamenten oder Heizungsanlagen."

## **DIE BEANTRAGTEN VORLÄUFIGEN MAßNAHMEN**

**Auf der Grundlage des oben dargelegten Sachverhalts ersucht Nicaragua den Gerichtshof inständig, in äußerster Dringlichkeit und bis zur Entscheidung des Gerichtshofs in der Hauptsache, die folgenden vorläufigen Maßnahmen gegen Deutschland wegen seiner Beteiligung an dem fortdauernden Völkermord und den schwerwiegenden Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und andere zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts im Gaza-Streifen zu verhängen:**

**Deutschland setzt seine Hilfe für Israel, insbesondere die Militärhilfe einschließlich der militärischen Ausrüstung, unverzüglich aus, soweit diese Hilfe verwendet werden kann zur Verletzung der Völkermordkonvention, des humanitären Völkerrechts oder anderer zwingender Normen des allgemeinen Völkerrechts wie des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und darauf, nicht einem Apartheidregime unterworfen zu sein;**

**Deutschland muss unverzüglich alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass die bereits an Israel gelieferten Waffen nicht zur Begehung von Völkermord verwendet werden, nicht zu Akten des Völkermords beitragen oder in einer Weise eingesetzt werden, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt;**

**Deutschland muss unverzüglich alles tun, um seinen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nachzukommen;**

**Deutschland muss seine Entscheidung, die Finanzierung des UNRWA auszusetzen, rückgängig machen, um seinen Verpflichtungen zur Verhinderung von Völkermord und völkermörderischen Handlungen sowie der Verletzung der humanitären Rechte des palästinensischen Volkes nachzukommen, wozu auch die Verpflichtung gehört, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe das palästinensische Volk und insbesondere Gaza erreicht.**

## Aktuelle Informationen:

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

„Sand im Getriebe“:

[Artikel](#) über Gaza (2005-2022), [Artikel](#) zu [Israel/ Palästina](#)

[Gaza-Sondernummer 1](#), Oktober 2023

[Gaza-Sondernummer 2](#), Dezember 2023

Mehrere Artikel in den Newslettern [SiG 153](#) und [SiG 154](#)

[Beschluss](#) von ATTAC Frankreich, 2002, 16 Seiten:

Palästina und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung



Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-)Bewegungen (*Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta vom Dezember 1998*). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein [Gedicht](#) von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

**Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.**

**In eigener Sache:** Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org))

**Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken, **Bestellung gedruckter Exemplare** per E-Mail an die **Redaktion:** [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)  
Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).  
Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes